



## Medienmitteilung

Zürich, 4. Juli 2024

### **Beschlüsse der Kommissionen**

#### **WAK: Einzelinitiative zu Einspeisevergütungen soll abgelehnt werden**

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative betreffend «Die Steuerpflicht für Einspeisevergütungen sei im Gesetz zu streichen» abzulehnen ([KR-Nr. 167/2022](#)). Mit der Einzelinitiative einer Person aus Dübendorf wird gefordert, die Pflicht zur Besteuerung der Erträge aus Einspeisevergütungen für Photovoltaik-Anlagen abzuschaffen. Der Regierungsrat hatte sich gegen die Einzelinitiative ausgesprochen und dargelegt, dass eine allgemeine Nichtbesteuerung der Einspeisevergütungen bundesrechtswidrig wäre. Allerdings werden die Anliegen der Einzelinitiative aufgrund einer inzwischen erfolgten Änderung der Praxis der Besteuerung von Erträgen aus Photovoltaik-Anlagen teilweise erfüllt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil, 079 640 10 28)

#### **KBIK: Kantonale Unterstützung bei Fernunterricht und Digitalisierung**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 6 Stimmen, das Postulat betreffend «Konzept für den Fernunterricht» direkt abzuschreiben ([KR-Nr. 42/2020](#)). Mit dem Vorstoss forderten GLP, SP und FDP vom Regierungsrat ein stufengerechtes Konzept zur Ergänzung des Unterrichts mit Fernunterricht und digitalem Unterricht. Die Regierung hält in ihrem Bericht fest, dass auf kantonaler Ebene die Fachstelle Bildung und ICT des Volksschulamtes als zentrale Anlaufstelle für Auskünfte betreffend Digitalisierung zur Verfügung stehe und einen Guide herausgegeben habe. Die Kommissionsmehrheit ist mit dem Bericht zufrieden und hält fest, dass allfällige Unterschiede in der Digitalisierung auf Stufe Volksschule vor allem daher rührten, dass die Gemeinden zuständig seien. Eine Minderheit (SP, FDP, GLP) erachtet den Bericht als unvollständig und beantragt, das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben. Darin wird eine stärkere, praxisnahe Unterstützung der Gemeinden bei der Digitalisierung gefordert, wenn diese das wünschen. Weiter wird darauf verwiesen, dass in der Antwort des Regierungsrates die geforderte Analyse der Erfahrungen mit der Digitalisierung während der Pandemie und daraus folgende Massnahmen für die Praxis fehlten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

#### **KBIK: Volksschule soll früher über das Schweizer Bildungssystem informieren**

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Aktivere Information in der Volksschule für Berufswege» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 30/2022](#)). Mit dem Postulat verlangten SP, FDP, GLP und SVP, dass Erziehungsberechtigte und weitere Ansprechpersonen rechtzeitig vor dem Wechsel in die Sek-I-Stufe über die Möglichkeiten des dualen Bildungssystems aufgeklärt werden. Die Bildungsdirektion hat 2019 das Programm Volksschule–Berufsbildung (VSBB) mit dem Ziel lanciert, den Übergang in die Berufsbildung zu verbessern, auch bezüglich Information. Die Bildungsdirektion konnte der Kommission zudem aufzeigen, dass das Projekt, Eltern bereits



ab der 5. Klasse der Primarschule besser über die Möglichkeiten des Schweizer Bildungssystems aufzuklären, weit gediehen ist. Geplant ist dazu unter anderem ein Erklärvideo.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

**GPK: Frist für Motion zu internationalen Zugverbindungen soll erstreckt werden**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer von Grünen-Kantonsrat Thomas Schweizer eigereichten Motion zu genehmigen ([KR-Nr. 167/2020](#)). Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, eine Teilrevision des Richtplans vorzulegen, um die internationale Anbindung des Wirtschaftsraums Zürich durch direkte Zugverbindungen zu verbessern. Der Regierungsrat will das Anliegen der Motion stufengerecht im kantonalen Richtplan aufnehmen. Die überarbeitete Richtplanvorlage kann voraussichtlich Ende 2024 dem Kantonsrat unterbreitet werden. Da die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung zur vorliegenden Motion im Oktober 2024 abläuft, soll sie um ein Jahr verlängert werden.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

*Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.*